



Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.

Ersteinst
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljähr. M. L. 30
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortverkehr viertel. M. L.
ausserhalb desselben M. L.
hiesu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peltzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.



Die liberale Einigung.

Darüber schreibt der Reichstagsabgeordnete Dr. Kaumann im Berl. Tgbl. folgendes:

Die Frage der Einheit des Liberalismus ist eines-
seits eine Frage der Parteitaktik und andererseits eine
Frage der politischen Gesinnung. Weist wird in
diesen Tagen nur die taktische Seite der Angelegenheit be-
handelt. Man erörtert die Vorteile des Zusammenschlusses
und pflegt dabei die inneren Schwierigkeiten geringer
hinzustellen, als sie in Wirklichkeit sind. Die meisten Be-
weiser wissen nicht, wie schwer es ist, vorhandene Par-
teikörper zu verschmelzen. Ich habe darin einige Erfah-
rung, denn ich habe vor 3 1/2 Jahren die Fusion des na-
tionalsozialen Vereins mit der freisinnigen Vereinigung
mit herbeiführen helfen und kenne infolgedessen die Mühen
derartiger Vorgänge etwas genauer als die Mehrzahl der
Anderen, die heute über die Einigung der Liberalen sprechen.
Damals handelte es sich um einen politischen Verein von
relativ kurzer Selbstständigkeit (sieben Jahre), der in eine
nahe befreundete, gesinnungsverwandte Partei aufgehen
sollte. Die Fusion ist sehr gut zustande gekommen. Fast
alle einseitigen nationalsozialen Vereine gehören heute zur
freisinnigen Vereinigung, und vom alten Bestand dieser
Partei ist nichts Wesentliches verloren worden. Aber leicht
war es nicht. Auf beiden Seiten gab es ziemlich viele
Misstrauische und Enttäuschte, und mehr als einmal hat
es Augenblicke gegeben, in denen entweder alte Freisinnige
in den Sechstädten oder neue Nationalsozialen Süddeutsch-
lands an den Fusionsketten etwas zu rütteln versuchten.
Heute ist das überwunden, aber wir, die wir dieses erlebt
haben, können an das größere Werk der Einigung der links-
liberalen Parteien nicht herangehen, ohne die Erfahrungen
dieses jetzt glücklich vollzogenen Vorganges zu Rate zu
ziehen.

Die erste Erfahrung aber heißt: Es genügt nicht die
formelle Einigung zu beschließen, solange die Mitglieder-
stände in den verschiedenen Provinzen die Einigung nicht
wirklich wollen und wünschen. Die bloße parteitaktische
Beschließung der Angelegenheit ist für sich allein nicht aus-
reichend den geeinigten Liberalismus herzustellen, so-
lange es in allen beteiligten Parteien starke Restbestände
von Misstrauen und Abneigung gibt. Erst wenn die poli-
tische Gesinnung den formellen Fraktionsbeschlüssen zu
Hilfe kommt, erhalten diese Leben und Kraft. Man soll
deshalb etwas zurückhaltend sein mit schnellen Urteilen
über die Selbstständigkeit der Parteiböden, die um ihrer
keinen Selbstständigkeit willen die Einigung nicht wollen.
Es ist für jeden Parteiführer und für jedes verantwortliche
Mitglied eines Parteiaususses keine kleine Sache, ei-
nen mühsam gesammelten Bestand von Parteigenossen ein-

nem Experiment auszusetzen, dessen Ende niemand mit ab-
soluter Sicherheit vorhersehen kann. (Sehr richtig, Red.)
Wir wollen uns doch keine falschen Vorstellungen ma-
chen, als sei schon aller alte Zwist begraben und ver-
gessen! So schnell vernarben alte Wunden nicht. Die alte
Gegnerschaft zwischen der Richterschen und der Ridert-
schen Gruppe wird noch in vielen Gemütern empfunden,
und auch der Gegensatz der bürgerlich Liberalen gegen die
Sozialliberalen ist nicht mit einer bloßen Handbewegung
zu beseitigen. Es ist besser, dieses offen zu sagen, als es
zu verschleiern, weil nur auf dem Untergrunde solcher
Offenheit der neue Friede erwachsen kann. Wir müssen
zugestehen, daß es Stimmungs- und Richtungsunterschiede
gibt. Erst wenn wir dieses freimütig zugefanden haben,
können wir ohne Angst vor gegenseitiger Lieberverteilung
und Vergewaltigung als redliche Männer überlegen, ob
nicht trotz aller dieser Unterschiede und bleibenden Gegen-
sätzen die gemeinsamen Grundanschauungen und Auf-
gaben groß genug sind, um uns zu einer offenen gegen-
seitigen Duldung der vorhandenen Verschiedenheiten vor-
dringen zu lassen. Ich meinsten, halte die Einigung
für möglich, aber ich halte es für gefährlich, sie als
allseitig und gleichsam spielend erreichbar hinzustellen.

Das aber bedeutet in der Praxis, daß wir nicht alles
auf einmal erzwingen dürfen, selbst, wenn es möglich sein
sollte. Es gilt, behutsame Schritte zu machen, weil wir
sonst nur neue Zerwürfnisse vorbereiten und nach rechts
und links hin Anhänger verlieren. Die alten Mitglieder
der beiden freisinnigen Parteien erinnern sich sehr genau
des Zustandes zwischen 1884 und 1893, wo eine formale
Einigung ohne Einheitsgeist bestand. Ich habe Gelegen-
heit, von beiden Seiten her zu hören, wie bleibender diese
Erinnerung auf den alten Kämpfern lastet. Einen solchen
Zustand wollen wir nicht. Es ist besser, friedlich neben-
einander zu marschieren, als in derartiger, politischer
Zwangsehe leben zu müssen. Dieses Mal muß die wirkliche
Einigung erreicht werden oder — wir alle sammeln uns
viel Leid und Ungemach für die kommenden Jahre.

Deshalb ist meine persönliche Ansicht, daß wir nicht
heute oder morgen an die volle Verschmelzung der vor-
handenen Parteien herantreten können. Wir müssen die
Selbstständigkeit der Parteiorganisationen
solange erhalten, bis es zur inneren Selbstverständlich-
keit und Notwendigkeit geworden sein wird, sie ineinan-
der aufgehen zu lassen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt noch nicht
da. Was aber jetzt geschehen kann, ist folgendes:

1. Es muß versucht werden, daß die Abgeordneten
der drei linksliberalen Parteien im Reichstag und in den
Landtagen, insbesondere im preussischen Landtag, von jetzt
an als eine parlamentarische Fraktion auf-
treten und gemeinsame regelmäßige Beratungen ein-
richten.

2. Es muß in den verschiedenen Landesteilen im Sinne
der Frankfurter Einigung das Einigungswerk überall
bort formell vollzogen werden, wo die Einigung der Ge-
sinnung bereits tatsächlich sich eingestellt hat. Ein gutes
Beispiel dafür ist die neue Kundgebung aus Schleswig-
Holstein.

Diese beiden Dinge lassen sich ohne Vergewaltigung
vorhandener Stimmungen und geschichtlicher Entwickelun-
gen durchführen. Das weitere muß dann der Zukunft
überlassen bleiben. Insbesondere würde es für Nord-
deutschland geradezu eine Gefahr für die liberale Einigung
sein, wenn jetzt die Frage der Stellung der Freisinnigen
zu den Nationalliberalen auf die Tagesordnung gesetzt
würde. Das liegt in Süddeutschland vielfach anders.
Wenn dort Abgeordneter Müller-Weinigen ge-
genüber den dort verbündeten Parteien von Zentrum und
Sozialdemokratie eine Einigung aller Liberalen fordert,
so hat er meines Erachtens auf süddeutschem Boden recht,
und sein Vorgehen ist nichts anderes als die logische Wei-
terführung der bisherigen Einigungsbestrebungen in
Bayern, Baden und Elsaß. Sehr anders aber sieht die-
selbe Sache aus, wenn man sie zu einer allgemeinen deut-
schen Angelegenheit machen will. In Norddeutschland ver-
liert der Freisinn nach links und der Nationalliberalismus
nach rechts viel an vorhandener Gefolgschaft, sobald
beide sich nach bayerischem und badischem Muster einigen
wollen, weil die Gesinnungseinheit offenbar nicht in dem
Maße vorhanden ist, um derartige taktische Versuche zu
rechtfertigen.

Es ist ein Wagnis, vor dem wir stehen, aber aller-
dings die Zeitlage fördert das Wagnis. Der Liberalismus
kann gerade jetzt wieder Volksgesinnung und Kultur-
macht werden, wenn er zeigt, daß er eine Zukunft ha-
ben will. Es ist die Entscheidungstunde des deutschen Li-
beralismus. Aber gerade weil es diese ist, sollen wir
nicht das tun, was wir sicher sind, nicht später bereuen
zu müssen. Wir wollen Fraktionszusammenschluß und pro-
vinziale Einigungen, die sich von selbst ergeben. Was da-
rüber hinaus liegt, mag erörtert werden, wenn diese zwei
Schritte sich als fruchtbar erweisen haben.

Süd- West-Deutschland im Kampf gegen die Rheinischfahrtsabgaben Mannheim, 16. Febr.

Die Frage der Einführung der Rheinischfahrtsab-
gaben ist in diesen Tagen aktuell. Nicht nur aus dem
Grunde, daß über sie im württ. Landtag aus Anlaß
der Etatsberatung im Zusammenhang mit dem Neckar-
kanal gesprochen worden ist, sondern das Interesse des
Südens und des Westens richtete sich in erster Linie auf

Die Schönheit von Rembrow.

Roman von Bogumil von Czartorski.

Seine Freunde sagen, er werde sein Geld mit fürstlicher Freige-
bigkeit auf Rembrow verwenden und dann, wenn das Schicksal
ihn nämlich wieder gesund machen sollte, democh nicht hier
leben, sondern in die große Welt zurückkehren für immerdar. Die
Zeit muß lehren, ob sie recht behalten. Rembrow behält über-
dies nicht seinen Namen; es fällt, wie mein gutes Kubiten, jetzt
Almenan, und fast alle anderen noch polnisch benannten Ort-
schaften dem Verdichtungsprinzip zum Opfer und wird fer-
nerhin Ehrenbreit heißen, nach seinem nunmehrigen Besitzer.

Nebrigens lebt der Graf nicht so einsam, wie Du glaubst. Er
hat sich ja ein paar Freunde mitgebracht, die das allgewohnte
Schloßstadtvarium in sein Leben tragen. Einer derselben ist ein
begabter Maler, der sich schon einen gewissen Ruf erworben. Du
weißt, ich liebe die Malerei und interessiere mich um so mehr
für sie, nachdem sie zur streitbaren Kunst geworden ist. Dieser
Herr Durbing tut, was ich für das einzige Richtige halte, er
kämpft sich um keine der verschiedenen Schulen. Er arbeitet
wie ohne Inspiration und studiert in erster Linie sich selbst, das
heißt, sein Wollen und Können. In seinen Bildern steht die mo-
derne, grelle Farbenstimmung und zum Glück auch der wieder
moderem gewordene magere Junge, den ich nicht ausstehen kann.
Das kleine Aquarell, das er mir schenkte, ist ein Meisterwerk
feinsten Stimmungsmaßes und wird Dich entzünden. Sein Mo-
tiv ist ganz einfach; es stellt einen Waldsee in abendlicher Be-
leuchtung dar, einen feiner melancholischen, dunklen Seen, die
es eigentlich nur in Polen gibt und deren Schönheit etwas Schmerz-
liches hat, das zur Geschichte ihres Landes paßt. Durbing's See
wird erhellt durch ein paar zitternde purpurgoldige Abenddion-
nenröte und belebt durch zwei gazestügelige Rabellen, die die-
sen letzten Lichtschimmer zu suchen scheinen.

Zu etwas anderem jetzt! Ich werde nicht, wie geplant, das
Weihnachtsfest in Berlin zubringen, sondern noch hierbleiben.
Meine Besichtigung und meine Leute brauchen mich noch. Schreibe
mir bald, Deine Briefe erfreuen mich; Du weißt ihnen Inhalt
zu geben, ob schon Du gar nichts erlaubst. In Liebe Deine Bi-
anka.

„Meinem nächsten Briefe könnte ich schon Inhalt geben! Einen
Inhalt, der die gute Bianka in Erstaunen versetzen würde!“

lagte Heloise beim Lesen der Schlussseiten lächelnd zu sich selbst.
Aber ich muß Violas Geheimnis wahren. Das Schicksal bringt
es wohl bald genug ans Licht.“

Das Weihnachtsfest wurde im Pensionat Blatwitz, nach der
in den meisten derartigen Lehranstalten üblichen Schablone ge-
feiert. Die Mehrzahl der Pensionärinnen verzeihen für die Fest-
tage; jenen wenigen, die kein Dabein befehlen, oder ihn aus
besonderen Gründen fern bleiben mußten, wurde ein Baum ge-
schmückt; die für sie von Freunden und Verwandten eingetrof-
fenen Briefe und Gaben, denen Madame regelmäßig ein näg-
liches, mit ihrer eigenhändigen Aufschrift: „Zur Erinnerung an
die Pensionszeit!“ versehenes Buch beifügte, lagen darunter aus-
gebretet und verklärt durch den Glanz lieber Erinnerungen
und Hoffnungen den Christabend in der Fremde.

Der Platz, den man Viola eingeräumt hatte, enthielt eine be-
sonders große Anzahl kostbarer Geschenke. Offiziell waren sie
alle von dem liebevollen Oheim Baron Rudz gekauft, doch ver-
riet ein in dessen Schreiben eingeschmuggeltes Briefchen Ehren-
breit, welche Gegenstände er selbst für seine „geliebte Braut“
ausgewählt hatte.

Viola erschauerte, als sie die beiden Worte las, und wußte
selbst nicht, warum. Es mußte wohl die Größe des sie erwartenden
Glückes sein, die so seltsame Empfindungen in ihr erweckte.

Der Vater sandte seine Grüße indirekt, auch durch den Oheim,
und empfahl ihr, fleißig und folgiam zu sein. Von den wider-
streitendsten Gedanken und Empfindungen bewegt, stand Viola,
den Brief in der Hand, bei den vor ihren Augen sich ausbrei-
tenden Schätzen. Und dann begann sie diese langsam, wie me-
chanisch, in die Hand zu nehmen, jedes Stück sorgsam prüfend,
beinahe, als suchte sie etwas, das den reichen Gaben erst den
rechten Wert verleihen sollte. Dieses Etwas fand sich nicht, und
sie hätte es auch nicht mit Namen zu nennen vermocht. Jene
etwas fehlte ihr, irgend etwas ließ sie nicht zur Freude über
die eleganten und früher so ersehnten, alleamt zur Ausstattung
einer jungen Dame aus seinem Hause gehörigen Dinge gelan-
gen. Keine löst sich glänzende Tropfen von den Wimpern der
Wärtertochter und sanken auf den kostbaren Sammet des pelz-
verbrämten Mantels herab, mit dem sie sich fernerhin schmücken
sollte.

„Was betrübt Dich, Viola?“ fragte Heloise, die still heran-
getreten war, das Mädchen umfassend.

„Ich... ich weiß nicht... Ich bin unglücklich traurig!“ Und
Viola lehnte, von ihren Gefühlen überwältigt, das Haupt an die
Schulter der Freundin und brach in heftiges Schluchzen aus.

Aller Augen richteten sich auf die kleine Gruppe unter dem
Nichtbaum.

Beinlich berührt, ruschte Madame in ihrem schwarzen Fest-
gewande heran. „Was haben Sie nur, Viola?“ fragte sie ver-
driehtlich. „Vergleichen ist wahrlich nicht dazu geeignet, die Fest-
freude Ihrer Mitschülerinnen zu erhöhen! Madame dachte noch
rechtzeitig daran, wie freigebig Baron Rudz für seine Nichte zahlte,
und setzte ein wenig milder hinzu: „Vielleicht fühlen Sie sich
nicht recht wohl; dann wird Ihnen ein Ständchen Ruhe gut
tun.“

„Sie ist in der Tat krank, ich werde sie auf ihr Zimmer ge-
leiten.“ antwortete Heloise statt der noch immer Weinenden.

Dann ermannete sich Viola so weit, daß sie die Hand der
Vorsteherin lassen und einige Worte der Entschuldigung mur-
meln konnte. Erleichtert sah sie sich erst, als sie auf ihrem wei-
ßen Bett lag, zur Seite die getreue Heloise, die eine ihrer Hände
hielt. Bald gelang es ihr denn auch, sich einigermaßen wieder
zu fassen.

„Was werden sie alle von mir denken!... Aber, weiß Gott,
ich konnte nicht anders, ich mußte weinen.“ stieß sie abgebrochen
hervor. „Mir wurde plötzlich so elend, so verzweifelt zu Mute.
Mir kamen die vergangenen Weihnachtsstage dabeim in den Sinn,
die so schön waren. Wie schön, das weiß ich allerdings erst jetzt
heute. Wir suchten uns unter Baumchen im Walde selbst aus,
Fabian und ich, und schmückten es dann zu Hause. Das war so
lustig, und manchmal wieder so feierlich, wenn wir ernste Dinge
dabei sprachen. Fabian hat viel gelernt, und ich verstand ihn
tausendmal besser, als familiäre Lehrer hier in der Pension.
Vater brummte manchmal über das Baumputzen, das er unnütze
Zeitvergeudung und kindlichen Hirtensatz nannte, aber ich küm-
merte mich nicht darum. Ich hantierte so gern mit all den hüb-
schen, zierlichen Dingen, die Fabian aus der Stadt mitgebracht
hatte. Die alte Rosalie sah stridend dabei, alle Augenblicke ein-
nickend und wieder auffahrend, um durch irgend einen drohigen
Ausruf ihre Bewunderung für unser Werk zu bekunden. 138, 20



Mannheim, das am Samstag eine imposante Abwehrkundgebung gegenüber den Rheinzöllen gesehen hat. Hier hatten sich im Rosengarten etwa 300 Delegierte west- und süddeutscher Handelskammern und Städten zusammengedrängt, denen sich noch eine große Anzahl sonstiger Interessenten zugesellten. Die 1. württemberg. Kammer war vertreten durch Geh. Hofrat Dr. v. Jobst-Stuttgart, die 2. Kammer durch Geh. Heilbronn, Dr. Elias-Stuttgart, Schäffler-Heilbronn und Rechtsanwalt Storz-Heidenheim. Ebenso wohnte Oberbürgermeister Dr. Göbel-Heilbronn der Versammlung bei. Als Vertreter der Stadt Stuttgart war Stadtrat Mattes anwesend, der mit dem Geh. R.-M. Lenel-Mannheim und Dr. Bamberger-Mainz zusammen den Vorsitz der Versammlung übernahm. Neben einer Reihe anderer Parlamentarier war auch der demokratische Reichstagsabgeordnete Leiser-Frankfurt erschienen.

Der erste Referent, Professor Laband-Strasbourg, erörterte die rechtliche Seite der Frage, indem er zunächst den Art. 54 Abs. 4 der Reichsverfassung einer Auslegung unterzog. Der Artikel lautet: Auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, erhoben werden. Diese Abgaben, sowie die Abgaben für die Befahrung solcher künstlichen Wasserstraßen, welche Staats Eigentum sind, dürfen die zur Unterhaltung und gewöhnlichen Herstellung der Anstalten und Anlagen erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Auf die Fährerei finden diese Bestimmungen insoweit Anwendung, als dieselbe auf schiffbaren Wasserstraßen betrieben wird. Um denselben richtig zu verstehen, ist sein Verhältnis zu dem vorausgehenden Satz des Abs. 3 klarzustellen. Der Gegensatz besteht nicht in einer Gegenüberstellung der Seewasserstraßen und der Binnengewässer; auch ist im Abs. 3 kein entscheidendes Gewicht darauf zu legen, daß die Abgaben „in den Seehäfen“ erhoben werden, sondern er betrifft die von den Schiffen und deren Ladungen zugelassenen Abgaben; folglich muß Abs. 4 die von der Binnenschifffahrt zulässigen Abgaben betreffen und zwar auch auf denjenigen Wasserstraßen, auf denen sowohl Seeschiffe als Binnenschiffe fahren. Der Gegensatz zwischen den beiden Sätzen der Verf. besteht ausschließlich darin, daß von der Seeschifffahrt Abgaben für die Benutzung von Schiffjahrsanstalten gestattet werden, ohne daß der Begriff der Schiffjahrsanstalten durch bestimmte Kriterien eingeschränkt wird, Absatz 4 dagegen nur für die Benutzung besonderer Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, Abgaben zuläßt. Der Gegensatz besteht also in der Unterscheidung von Schiffjahrsanstalten und besonderen Schiffjahrsanstalten, und mithin muß das Wort „besondere“ eine spezifische Bedeutung haben und kann kein bloßes epitheton ornans sein. Art. 54 Abs. 4 unterscheidet ferner zwischen natürlichen und künstlichen Wasserstraßen, und es ist streitig, wie dieser Gegensatz zu verstehen ist. Für die Auslegung des Art. 54 Abs. 4 kommt es daher auf die Beantwortung der zwei Fragen an: Was sind besondere Schiffjahrsanstalten und was sind natürliche Wasserstraßen?

Was den Begriff der besonderen Schiffjahrsanstalten anlangt, so dient zur Erläuterung desselben einerseits die Reichsverf. von 1849, an deren Bestimmungen Art. 54 der N.-B. sich anlehnt, andererseits der Zollvereinsvertrag von 1865-67; in beiden werden die Anstalten einzeln aufgeführt, für deren Benutzung Gebühren erhoben werden dürfen. In dem Ausdruck „besondere“ Anstalten werden diese Anstalten zusammengefaßt, wie dies bereits in einer Denkschrift des preuß. Ministeriums vom Oktober 1848 geschehen ist. Die Fassung des Artikels 54 lehnt sich auch sonst an diese Denkschrift an. Begrifflich stehen die besonderen Anstalten im Gegensatz zum Fluß, zur Wasserstraße. Was zum Wesen derselben gehört, das Flußbett, die Fahrtrinne, die Mäer, die Wasserwelle, ist keine besondere Anstalt. Schleusen sind kein Teil des Flusses, sondern von der Wasserstraße zu unterscheiden besondere Bauwerke. Dagegen sind Dämme, Parallelwerke, Reinigung des Flusses von Schiffjahrshindernissen, Vertiefung der Fahrtrinne nicht von dem Fluß selbst verschieden und daher auch keine besondere Anstalten, für welche Gebühren erhoben werden dürfen. Die Einteilung der Wasserstraßen in natürliche und künstliche im Art. 54 Abs. 4 ist eine absolute. Es gibt kein Mittelglied; denn die Verf. stellt für jede der beiden Arten einen anderen Rechtsfuß auf und stellt sie dadurch in einen kontradiktorischen Gegensatz. Die Verbesserung einer natürlichen Wasserstraße ist nicht gleichbedeutend mit einer Wasserstraße im Naturzustande. Bei den deutschen Strömen ist trotz aller Kunstbauten kein Zweifel möglich, daß sie natürliche Wasserstraßen sind. Auch regulierte Flüsse sind natürliche, ohne Unterschied, durch welche technischen Mittel die Regulierung erfolgt ist. Dies gilt auch von den kanalisiertten Flüssen; doch können auf denselben Gebühren für die Benutzung der Schleusen erhoben werden, was tatsächlich Befahrungsabgaben gleichkommt. Daher kann auch für die Benutzung einer vertieften Fahrtrinne eine Befahrungsabgabe nicht erhoben werden. Artikel 54 Abs. 4 beschränkt ferner die Gebühren der Höhe nach, indem sie die gewöhnlichen Herstellungskosten nicht übersteigen dürfen, und es erhebt sich daher die weitere Frage, was unter den gewöhnlichen Herstellungskosten einer Flußregulierung zu verstehen ist. Dafür, daß Befahrungsabgaben durch Art. 54 Abs. 4 ausgeschlossen sind, fehlt es nicht an zahlreichen Zeugnissen aus der Zeit nach Errichtung des Nordd. Bundes und des Deutschen Reichs. Am bedeutendsten ist das Reichsgesetz vom 5. April 1886 über die Erhebung von Schiffjahrsabgaben auf der Unterweser. Für den Rhein kommen außer dem Art. 54 der N.-B. die völkerverrechtlichen Verträge in Betracht, und zwar die Friedensverträge Preußens mit Bayern, Preußen und Baden von 1866 und die Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868. Durch die Gründung des Reichs ist an der hierdurch begründeten gegenseitigen Verpflichtung, auf dem Rhein keine Abgaben zu erheben, welche sich lediglich auf die Tatsache der Beschiffung gründet, nichts geändert worden, weil diese Verpflichtung seiner Bestimmung der N.-B. widerspricht. Für die Elbe

schließt der Vertrag mit Oesterreich vom 11. Juni 1870 und für das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover der Vertrag vom 22. Juni 1861 über die Aufhebung des Stader Zolles Befahrungsabgaben aus.

Die Frage, ob und auf welchem Wege Schiffjahrsabgaben erhoben werden können, hat, abgesehen von der Auslegung des Art. 54, eine weiterreichende staatsrechtliche Bedeutung. Nach Art. 4 Ziff. 9 erstreckt sich die Zuständigkeit des Reichs zur Bewaßung und Gesetzgebung des Reichs auf die Fluß- und sonstigen Wasserzölle. Der Tendenz dieser Bestimmung läßt es zuwider, selbst wenn Art. 54 kein Hindernis bieten würde, durch partikuläre Maßnahmen eines Einzelstaates oder Vereinbarungen unter einzelnen Staaten den bestehenden Zustand abzuändern und die Organe des Reichs, Bundesrat und Reichstag, zu umgehen. Es wäre dies eine Verkümmern des Reichsgedankens, ein Rückfall in die Zeiten des Staatenbundes. Da aber Art. 54 Befahrungsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen verbietet, so kann ihre Einführung erst erfolgen, nachdem durch ein Reichsgesetz Art. 54 abgeändert worden ist. Dies ist aber nicht möglich, wenn im Bundesrat 14 Stimmen dagegen sind. Allerdings kann der Bundesrat eine zweifelhafte Bestimmung durch Majoritätsbeschluß auslegen; eine an sich klare Bestimmung der Verfassung aber für zweifelhaft zu erklären, um das Veto der 14 Stimmen auszuschließen, wäre eine Verletzung der Verfassung und müßte das Vertrauen zur Unverbrüchlichkeit derselben erschüttern.

Als zweiter Redner führte Geh. Hofrat Prof. Dr. Gothein-Heidelberg sein Thema „Die Abgabefreiheit des Rheins und die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft Süddeutschlands“ an der Hand folgender Grundzüge aus:

1. Die nationalökonomische Frage nach den Gründen und Folgen der beabsichtigten Einführung von Schiffjahrsabgaben behauptet ihre Bedeutung neben der juristischen Entscheidung, was das geltende Recht und die Voraussetzungen seiner Abänderung sind. 2. Gründe, die zur Aufhebung der Schiffjahrsabgaben durch die Rheinschiffahrtsakte und Reichsverfassung geführt haben: Notlage der Schifffahrt, wünschenswerte Konkurrenz mit den Bahnen vor deren Verstaatlichung, allgemeine Ansicht von der Gemeinnützigkeit der Verkehrsmittel. 3. Erfolg der Abgabefreiheit, Beginn einer Positionsänderung bei der preussischen Regierung seit der Eisenbahnverstaatlichung. 4. Kohn, Ulrich, Schumacher. Die Kanalvorlage von den Freunden der Abgaben benützt. Innere Widersprüche in diesem Vorgehen und in den Äußerungen der Minister. 5. Die theoretische Begründung der Abgaben auf Flüssen durch Ulrich und Schumacher als Gebühren. Die Abgabefreiheit der Chausseen wird fälschlich aus deren höherer Nützlichkeit abgeleitet, während sie eher eine, allerdings berechtigte, Subvention an die Landwirtschaft ist. Falscher Vergleich der Wasserstraßen mit den Eisenbahnen, bei denen Fahrbahn und Betrieb zugleich im Eigentum des Staates stehen. 6. Falsche Bemessung der Gebühren nach Tonnenkilometern muß sie als Binnenschiffzölle wirken lassen. Diese Abgaben sind überhaupt keine echten Gebühren, da sie nicht von dem überwiegend erhobenen werden, der den Nutzen hat, sondern von dem, den sie schädigen. 7. Erweis der Gemeinnützigkeit der Wasserstraßen und der Berechtigung, sie als freie Nutzgüter aus dem allgemeinen Steuerfonds zu erhalten und zu verbessern. 8. Unzutraglichkeit einer Rheinschiffahrtskasse, von der jeder sofort möglichst viel an sich zu reißen sucht: Machtlosigkeit eines Beirats der Interessenten. 9. Schumachers Hoffnung, daß die Abgaben der Wasserstraßen zur Ermäßigung der Wasserfrachten und zu einem allgemeinen Tariffrieden führen werden, ist eine reine Utopie. Der Kampf der Bahn gegen die Wasserstraße bleibt vielmehr und ist sogar den kapitulierenden nieder-rheinischen Handelskammern in sichere Aussicht gestellt. In ihm fällt der Bahn die Möglichkeit zu, nach Einführung der Schiffjahrsabgaben zu transportieren: a) so viel sie will, b) was sie will, c) so teuer sie will. Sie kann die Wasserstraße nach Belieben zu ihrer Entlastung benötigen, ohne von ihr wesentlich fördernde Konkurrenz befürchten zu müssen. 10. Die Trennung der Abgaben auf den verschiedenen Stromsystemen und ihre gesonderte Verwaltung kann nur vorübergehend sein. Die Verschmelzung der einzelnen Fonds muß bald eine Notwendigkeit werden; dann aber hat der Rhein für alle anderen mit gesteigerten Beiträgen aufzukommen. 11. Die Tarifhoheit des Staates, einmal festgesetzt, führt notwendig zu weiteren Erhöhungen, wie sie schon jetzt die Willkür in der Verteilung der Last auf die einzelnen Warenabgaben auf die Schifffahrt. Geringer Nutzen derselben bei großer volkswirtschaftlicher Leistung. Die Schifffahrt hat kein nennenswertes Interesse an der weiteren Vertiefung des Rheins, vielmehr bringt diese mannigfache volkswirtschaftliche und technische Bedenken mit sich. Verloren gehen muß der Schifffahrt zugleich der Städtgutverkehr, den die Bahnen bei ihrer bisher verunglückten Tarifpolitik zunächst an sich zu ziehen suchen. 12. Bei welchen Waren ist eine Ueberwälzung der Abgaben vom Schiffer auf den Kaufmann, von diesem auf den Konsumenten möglich? 13. Den Niederreinhin treffen die Abgaben wenig; sie gewähren als neue Binnenzölle ihm sogar einige Vorteile vor dem Oberrhein. Diese werden aber illusorisch, sobald die Niederlande ebenfalls die Abgaben einführen. 14. Falsche Berechnung der Stellung Hollands seitens der Abgabefreunde. Durch die Einführung der Schiffjahrsabgaben wird wieder alles in Frage gestellt, was Holland mühsam abgewonnen worden ist. 15. Stellung des Mittelrheins, wo die Abgaben empfunden werden. Loyales und kluges Verhalten der Frankfurter. 16. Der Unfall Bayerns und seine Gründe. Falsche Rechnung seitens Bayerns, dessen Interessen tatsächlich wie die Württembergers ganz auf der Seite der Abgabefreiheit liegen. 17. Schwerste Schädigung der Volkswirtschaft des Oberrheins in allen seinen Teilen, Vernichtung der Reederei, schwerste Bedrohung seiner Industrie, ungünstige Verschiebungen in seiner Landwirtschaft würden die Folgen der Abgaben sein. 18. Die agrarischen Interessen. Falsche Verteilung des Einflusses der Abgaben im agrarischen Lager. 19. Die Be-

drohung des Transits und die Verschlechterung der handelspolitischen Lage Deutschlands durch die Abgaben. 20. Gleiches Interesse der übrigen deutschen Wasserstraßen. Einstimmigkeit im Widerstand, abgesehen von den Besseren-Interessen. Gründe hierfür. 21. Politische Bedenken bei Verhängung der Interessengegenstände durch tarifliche Begünstigung eines Teiles Deutschlands gegenüber anderen. 22. Notlage für die oberrheinischen Regierungen und den süddeutschen Handel, die sie zu äußerstem Widerstand veranlassen muß.

Der Redner, der wie sein Vorredner demonstrativen Beifall fand, schlug sodann folgende Erklärung, die mit allen gegen eine Stimme (Dr. Schwander-Strasbourg) angenommen wurde vor:

Die Abgabefreiheit der Befahrung der natürlichen Binnengewässer des Deutschen Reichs ist durch die Reichsverfassung allgemein, für Rhein und Elbe im besonderen, durch die bestehenden völkerverrechtlichen Verträge ausdrücklich gewährleistet, kann daher ohne Abänderung der Reichsverfassung und der Verträge schlechthin nicht beseitigt werden.

Die zur Verbesserung der Fahrtrinne der natürlichen Wasserstraßen angewendeten Summen sind vorbeschaltlos bewilligt worden; auf dieser Voraussetzung beruhen sämtliche mit Rücksicht auf die Schifffahrt von Gemeinden und Privaten an diesen Wasserstraßen mit Aufwendung ungezählter Millionen geschaffenen kommerziellen und idealen Einrichtungen und Unterlagen, sowie die gesamte wirtschaftliche Entwicklung der von solchen natürlichen Wasserstraßen durchflossenen Gebiete mit ihrem Hinterlande. Die Einführung von Schiffjahrsabgaben entzieht dieser Voraussetzung den Boden nachträglich durch Abgaben. Diese übrigens durch die erhobene Steuerleistung und durch Beförderung des Verkehrs und der Blüte des ganzen Landes längst wettgemachten Aufwendungen wieder einbringen zu wollen, verstößt gegen Treue und Glauben und ist unzulässig und verwerflich.

Jede auch noch so geringe Abgabe wird eine schwere Schädigung der Schifffahrt auf den natürlichen Binnengewässern zur Folge haben, denn in allen Verkehrsbeziehungen, wo die deutsche Binnenschifffahrt mit anderen Beförderungsmitteln im Wettbewerb steht, würde sie der deutschen Schifffahrt Transporte entziehen und ihren Aktionsradius verzerren.

Zum schärfsten Widerspruch würde auch die Form der geplanten Abgabenerhebung nach Tonnenkilometer herausfordern, da sie das Schwergewicht der Belastung dem oberen Stromgebiete aufbürden und dadurch einseitig Handel und Industrie dieser Gebiete und ihres natürlichen Hinterlandes in ihrer Wettbewerbs- und Ausführligkeit auf das empfindlichste schädigen würde.

Gegen die Einführung von Abgaben überhaupt ist um so entschiedener Einspruch zu erheben, als diese ausgeprägtermaßen zur Durchführung agrarisch-schulpöln erischer und anderer wirtschaftspolitischer Absichten mißbraucht und der Verwaltung der maßgebliche Einfluß auf die Entwicklung des Gütertransportwesens nicht nur auf den Eisenbahnen, sondern auch auf den Wasserstraßen eingeräumt werden soll.

Die Versammlung erhebt deshalb gegen die geplante Erhebung von Schiffjahrsabgaben laut Protest und richtet an die verbündeten Regierungen das dringende Ersuchen, dem Antrag auf Einführung von Schiffjahrsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen ihre Zustimmung zu verweigern.

In der anschließenden Diskussion gab Stadtrat Dr. Koch-Dresden seiner besonderen Befriedigung über die Kundgebung Ausdruck und erklärte, die sächsische Staatsregierung werde sich in ihrem Widerstande nicht einschüchtern lassen, ungeachtet der starken diplomatischen und auch juristischen Einwirkungsversuche.

Direktor Knecht-Mannheim kommt auf die bisher schwankende Haltung der nieder-rheinischen Handelskammer Duisburg zu sprechen und deutet an, daß man von der Kammer demnächst eine bestimmte Erklärung gegen die Schiffjahrsabgabe erwarten dürfe.

Ähnlich befaßt Dr. Behrend-Magdeburg seine Sympathie; das Werk von Peters liege durch die heutigen Ausführungen Labands zerplückt am Boden. Man möge aber auch der politischen Seite der Frage sein Augenmerk zuwenden und vielleicht an den Reichstag appellieren, der in seiner heutigen Zusammensetzung mehr Aussicht als früher auf ein erfolgreiches Einwirken bietet. Weiter sprach noch zustimmend der frühere Strombaudirektor Geheimrat Bering-Koblenz und die Vertreter der Handelskammern von Dresden und Mainz.

Der Wucht dieser Protestkundgebung werden sich auch die Abgabefreunde, die auf der Versammlung ebenfalls durch führende Persönlichkeiten vertreten waren, nicht entziehen können.

Kundschau.

Der Zeuge von Böplaus Gnaden. Matthias Erzberger, der am Samstag in dem Prozesse Böplaus in Berlin als Zeuge vorgeladen war, hat dort eine schlechte Figur gespielt. Er verweigerte zunächst die Aussage, indem er sich auf den Immunitätsschutz, auf das verfassungsmäßig verbriefte Recht des Reichstags berief. Er stellte sich in Positur und sprach wie ehemals der Rind von Wittenberg: Hier stehe ich, ich kann nicht anders! Und er blieb dabei, als man ihn mit 100 Mark Geldstrafe belegte und er blieb sogar standhaft, als man ihn mit Zeugniszwanghaft drohte. Als aber der Gerichtsdienner den Befehl erhielt, den Zeugen abzuführen, da begann der Verteidiger des Reichstagsrechtes zu wanken und wie einer, der aus einer großen Not errettet ist, griff er zu dem Strohhalm, den ihm der Angeklagte Böplaus reichte. Dieser entband ihn der Schweigepflicht und Herr Erzberger redete nun und redete: Hier stehe ich, ich kann auch anders! Das Gericht nahm nun den Postbefehl zurück, es verurteilte Erzberger aber nicht, da es ihn der Mittäterschaft für verdächtig hielt. Die Ordnungsstrafe von 100 Mark bleibt bestehen. Das ist das klägliche Ende des Liedes, schreibt die Nationalzeitung: Aus der Tragödie ist plötzlich das Sathyrspiel geworden. Wir hatten bisher noch geglaubt, daß Herr Erzberger um das Prinzip der Im-

munition kämpfte, jetzt aber hat er gezeigt, daß es ihm nicht um das Prinzip zu tun war, sondern daß sein Gesichtskreis nicht über den Rahmen seiner eigenen Persönlichkeit hinausragt. Wenn er die gültige Erlaubnis des Herrn Böplau für ausreichend hielt, um seine prinzipiellen Bedenken beschwichtigen zu können, so hätte er das viel billiger haben können."

Und andere Blätter rufen Herrn Erzberger, die Hände von Dingen zu lassen, denen er nicht gewachsen ist, das heißt, er würde sich um den Reichstag und dessen Recht, Ansehen und Ehre verdient machen, wenn er nach der jammervollen Preisgabe des wichtigsten Rechtes der Reichstagsabgeordneten sein Mandat so schnell wie möglich niederlegte!

Tages-Chronik

Berlin, 18. Febr. Der frühere Bankier, jetziger Privatier Jul. Meißner (bekannt durch seine intimen Beziehungen zu Bismarck), ist gestorben.

Bielefeld, 16. Febr. Der Abgeordnete Erzberger erklärt in dem Zentrumsorgan, daß er dem Staatsminister Koeller hinsichtlich dessen Beteiligung an kolonialen Gesellschaften den Vorwurf unlauterer Handlungsweise nicht machen wolle, und daß er etwa in seiner Wahlbrochüre enthaltenen Vorwurf zurücknehme.

Karlsruhe, 17. Febr. Der engere Ausschuss der Deutschen Volkspartei Badens beschloß heute, die diesjährige Landesversammlung in Triberg abzuhalten, voraussichtlich Mitte Juni. Man war einig über eine entschlossene demokratische Propaganda wie bisher und zwar in gutem Einvernehmen mit den Liberalen.

Cuxhaven, 17. Febr. Der Postdampfer Eduard Woermann ist heute früh um 7 Uhr mit 10 Offizieren und 136 Unteroffizieren und Mannschaften von Deutsch-Südwestafrika hier eingetroffen.

Paris, 18. Febr. Kultminister Briand hat seinen Kollegen eine neue Fassung der Vertragsformulierung betr. die Verpachtung von Kirchen übergeben. Die Kammer wird morgen dazu Stellung nehmen.

Belgrad, 16. Febr. Die drei Leutnants Kostitsch, Si Kolitsch und Miloradjewitsch versuchten den Abgeordneten Paul Marinkowitsch mit Reitpfeifen aus einer der belebtesten Straßen zu insultieren, als dieser um 1 Uhr mittags aus der Skupstina nach Hause ging. Der nationalistische Abgeordnete Michael Gjorgjowitsch versuchte Marinkowitsch zu verteidigen, wurde aber selbst durch Säbelhiebe arg zugerichtet. Er erhielt zwei Wunden, eine hinter dem linken Ohr und eine zweite am Gesicht. Blutüberströmt brachte man ihn in ein nahe Hotel, wo man ihm einen Notverband anlegte, und dann ans Krankenhaus. Die Offiziere konnten sich unbehelligt entfernen. Die blutige Affäre wird am Montag in der Skupstina zur Sprache kommen.

Sakä, 18. Febr. Der Chef des Hofens wurde ermordet.

In dem Keller der Restauration „Zu den zwölf Aposteln“ in Mannheim stürzte gestern Abend der Küchentanz der Magd Margarete Stapf auf den Kopf. Die Unglückliche wurde sofort getötet.

Der Kassier der Budapester Bank, Barfany, der mit 400 000 Kronen flüchtig war, wurde in Berlin mit seiner Begleitung, einer Dresdener Theaterdame, verhaftet.

Aus New York wird gemeldet: Bei der Entgleisung eines elektrischen Vorortzugs im Bezirk Harlem sind 20 Personen getötet und 50 verletzt worden. Die Wagen des Zugs rollten den Bahndamm hinab und lösten Feuer.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 16. Febr. Der 4. Tag der Generaldebatte in der Kammer der Abgeordneten wurde eingeleitet mit einer kurzen Beratung des Antrags Gröber und Gen. betr. die Revision der Geschäftsordnung. Gröber (Ztr.) begründet diesen Antrag und weist darauf hin, daß seit der Feststellung der Geschäftsordnung im Jahre 1875 sich so viel geändert hat, insbesondere auch auf dem Gebiet des Fraktionswesens, daß eine Revision angezeigt erscheine.

Viesching (Volksp.), Dr. Hieber (D. P.), Schrempf (Vbd.) und Kloss (S.) äußern sich hierüber in zustimmendem Sinne. Der Antrag wird sodann der Geschäftsordnungskommission überwiesen, welche nunmehr eine allgemeine Revision der Geschäftsordnung durchberaten wird. Alsdann wird in der Etatsdebatte fortgefahren.

Minister Dr. v. Fleischhauer: kommt zunächst auf gestrige Ausführungen des Abg. Keil zurück, welcher dargelegt hatte, daß der Kultetat hauptsächlich auf die bestehenden Klassen zugeschnitten sei. Es sei bedauerlich, daß auf Seiten der Sozialdemokratie die Aufwendungen für Wissenschaft usw. nur unter dem Gesichtswinkel des Klasseninteresses betrachtet, da doch an dem Fortschreiten der Wissenschaft alle Volksschichten ein Interesse hätten. Bezüglich der Frage der Volksschulreform sei die Regierung entschlossen, im geeigneten erscheinenden Zeitpunkt eine neue Novelle vorzulegen. Daß die neue Novelle nicht hinter den Grundrissen der Novelle von 1902 zurückbleiben werde, sei bereits betont worden. Dies gelte namentlich auch für die fachmännische Bezirkschulaufsicht. Man brauche sich, was diese anbelange, nach der neuen Zusammenfassung der Stände keine solche Zurückhaltung mehr aufzuerlegen, wie im Jahre 1903. An dem konfessionellen Grundcharakter der Volksschule werde die Regierung nicht rütteln. Um die Beseitigung des Lehrermangels zu bewerkstelligen, sei die Regierung entschlossen, durchgreifende Maßregeln zu treffen. Die Uebernahme der persönlichen Schullast auf den Staat könne für absehbare Zeit nicht in Aussicht genommen werden. Die Unterrichtsverwaltung rechne in der Erreichung der Ziele, welche sie sich auf dem Gebiet der Volksbildung gesetzt habe, auf eine verständnisvolle Unterstützung in diesem Hause, wie ja auch die Volksvertretung bei früheren Gelegenheiten den Interessen der Volksschule und ihren Lehrern wohlwollend entgegengekommen sei.

Hildenbrand (Soz.): Dr. Hieber habe der sozialdemokratischen Fraktion das Recht der Kritik an der

Ersten Kammer absprechen wollen mit der Begründung, daß ja auch die Sozialdemokratie für Beibehaltung der Ersten Kammer gestimmt habe. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem Verfassungsgesetz sei aber unter ausdrückerlichem Protest gegen die Erste Kammer erfolgt und seine Fraktion nehme das Recht der Kritik an Gesetzgebungswerken in Anspruch, wenn sie auch für das Ganze gestimmt habe. Redner kommt sodann auf die Wahltagation seines deutschparteilichen Gegenkandidaten Stuttgart-Amt zu sprechen. Dieser habe in Wahlversammlungen mehrfach ausgeführt, solange der Bezirk durch einen Sozialdemokraten im Landtag vertreten sei, sei nicht daran zu denken, daß die Bahn Bahlingen-Lüdingen gebaut würde. Bei einer deutschparteilichen Vertretung wäre die Sache bei den bekannten guten Beziehungen der Deutschen Partei zur Generaldirektion anders. Diese Aeußerung spreche Bände. Aus dem Bezirk Maulbronn führt Redner an, daß dort die Deutsche Partei mit einem die Bahnbaufrage betreffenden Erlaß der Generaldirektion, der zwei Tage vor der Wahl erschienen sei, agitiert habe. Des weiteren polemisiert der Redner gegen die Ausführungen des Kultministers. Die Sozialdemokratie sei nicht gegen die Aufwendungen für wissenschaftliche Aufgaben, sondern verlange nur, daß allen Volksschichten Gelegenheit zum Genuß der Bildungsmittel gegeben werde. Der Abg. Hieber habe dem Abg. Keil mit Unrecht maßlose Uebertreibungen zum Vorwurf gemacht. Keil habe die Verhältnisse der Arbeiterklassen so geschildert, wie sie tatsächlich seien. Die von der Sozialdemokratie vorausgesetzten Wirkungen des Politaris seien zum Teil bereits eingetreten und zwar hinsichtlich der Verteuerung aller Lebensmittel während der Einfluß auf unsere Industrie sich zwar noch nicht in vollem Umfange, aber künftig gewiß immer mehr bemerkbar machen werde. Redner bespricht sodann den bekannten Hirtenbrief des Rottenburger Bischofs und verwahrt die Sozialdemokratie gegen die in diesem Hirtenbrief erhobenen Vorwürfe. Wenn im Landtag fortschrittliche Politik getrieben werde, so werde sie von der Sozialdemokratie unterstützt.

H. Haubmann (Vp.): Hinsichtlich der Betriebsmittelgemeinsamkeit habe der Ministerpräsident im gegenwärtigen Landtag stets eine Mehrheit, die dafür stimme, aber ebenso eine Mehrheit, die es ablehnen werde, irgend welche Konzessionen bezüglich unserer Selbständigkeit in diesen Fragen zu machen. Die Proporzwahl habe einen Ausschluß der politischen Forderungen in der Richtung gebracht, daß sich hier gezeigt habe, daß die konservative Richtung, wenn sie nicht Unterschluß im Bauernbund gefunden, allerhöchstens einen Sitz im württ. Landtag erlangt hätte. Diese Tatsache sei dahin zu verwerten, daß die Regierung sich sagen müsse, aus diesem Spiegel der Bevölkerung gehe hervor, daß Württemberg die konservativen Elemente in nur ganz geringem Maße besitze. Es sei allerdings nicht zu verkennen, daß auch im Zentrum konservative Regungen vorhanden seien. Aber beim Zentrum liege die Sache so, daß alle Farben sich ausgleichen unter dem Schatten der Soutane. Auf den Rottenburger Hirtenbrief wolle er nicht weiter eingehen, obgleich er ebenfalls gefunden habe, daß ein größeres Maß von Geschicklichkeit hier wohl hätte vertreten werden können. Der Thronrede habe man mit Unrecht den Vorwurf gemacht, daß sie zuviel alte Kadaver enthalte. Es seien vielmehr Halbfabrikate, Rohstoffe gewesen. Anerkennenswert sei es, daß die Thronrede den Abschluß des Verfassungswerkes mit lebhafter Vergnügung erwähne. Gegenüber den Ausführungen in der Thronrede über die Notwendigkeit der Verbesserung der Beamten erscheine es als ein Mangel, daß nicht auch für die Bürger greifbare Erfolge der Politik in Aussicht gestellt worden seien. Was die Rückwirkung der Aufbesserungen anlange, so möchte er hier hervorheben, daß er sich nie an dem Wettlauf der Parteien beteiligt habe, weil er einen solchen Wettlauf für schädlich halte. Aber es sei jetzt doch zu sagen, daß es nicht vornehm aussehe, wenn das Versprechen das den Beamten gemacht wurde, nicht eingelöst werden solle und er bitte den Finanzminister dringend nachzuprüfen, ob die Rückwirkung sich nicht schließlich doch ermöglichen lasse. Redner berührt sodann die angeforderte Bauordnung und die Begordnung. Schon vor 12 Jahren sei der einstimmige Beschluß gefaßt worden, daß die Regierung den Entwurf einer neuen Bauordnung vorlegen möchte; mit der Begordnung dauere es nun schon seit dem Jahr 1865, wo die erste Anregung auf Schaffung einer neuen Begordnung gegeben worden sei. Die Regierung müsse in der Schulfrage den Standpunkt einnehmen, daß es sich bei der Weiterbildung unseres Volksschulwesens um ein unabwiesbares Bedürfnis handle. Es gehe hier nicht an zu sagen, man müsse die Entwicklung der politischen Lage abwarten. Gerade in einem Landtag, der eine Zusammenfassung aufweise, wie der gegenwärtige, komme es viel auf die Initiative der Regierung an. Er habe es tief bedauert, daß die Deutsche Partei es abgelehnt habe mit der Volkspartei im Wahlkampf eine liberale Phalanx zu bilden. Der Kampf in der Schulfrage müsse auf jeden Fall durchgefochten werden und es wäre verkehrt, wenn die Regierung nicht auf einen entschiedenen Standpunkt sich hier stellen würde. Zu bedauern sei es, daß nicht gleichzeitig mit der Ankündigung der Schaffung von Landwirtschafskammern auch Arbeiterkammern in Aussicht gestellt worden seien. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch eine Interpellation an den Herrn Kriegsminister richten, bezüglich der Gewährung des Urlaubes im Heere. Es sei dringend erwünscht, daß in einer so wichtigen Frage der militärische Dienst so eingerichtet werde, daß man die Bauernsöhne, die zu Hause in der Erntezeit gebraucht werden unbedingt entbehren könne (Beifall.) Ein Beispiel für den schleppenden Gang unserer Politik biete auch die Theaterfrage. Zum Schluß erinnere er, an die ungeheure Unterlassungssünde, die damit begangen worden sei, daß die Frage der Schiffsabgaben gar nicht erwähnt wurde. Eine Verletzung der deutschen Interessen, wie sie durch die Einführung von Schiffsabgaben verübt würde, sei bis jetzt noch nicht in gleicher Weise vorgekommen. Württemberg habe im Bundesrat Gelegenheit, hebt Redner zum Schluß hervor, den in Süddeutschland vorherrschenden freien und liberalen Geist zu vertreten. Es komme die Zeit, wo eine solche liberale Stellungnahme

nicht nur in Württemberg, sondern in ganz Deutschland Anerkennung finden werde. (Beifall.)

Minister des Innern v. Fischer: Was den bemängelten Gang der Politik anlange, der von Haubmann als viel zu langsam, zu zäh und zu lahm bezeichnet worden sei, so verweise er — nicht um Vorwürfe zu machen — sondern zu seiner Verteidigung — darauf, wie lange es hier im Hause gebraucht habe, bis einzelne größere Gesetzesvorlagen endgültig erledigt worden seien. Eine Erwähnung der Arbeiterkammern in der Thronrede wäre ein Wink mit dem Holzschlegel an das Reich gewesen. Von der Reichsregierung werde ja dem Reichstag ein derartiger Gesetzesentwurf vorgelegt worden. Bei Besprechung der Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion werde sich Gelegenheit geben, über die Frage der Schiffsabgaben sich eingehender auszulassen. Er betone aber, daß Preußen in dieser Frage uns nicht unfreundlich gegenüber getreten sei.

Finanzminister Dr. v. Jeyer: Wenn der Bau des Posttheaters bisher noch nicht in Angriff genommen werden konnte, so geschah dies aus dem einfachen Grunde weil keine Mittel vorhanden sind.

Hier wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag nachm. vertagt.

Aus Württemberg.

Deutschnachrichten. Erwähnt wurde: Der Kultminister Schenk von Hoppingen, Hilfsrichter beim Landgericht Ulm, zum Landrichter bei diesem Landgericht, der Amtsgerichtsrat Ochs in Waldbühl zum Landgerichtsrat in Ulm mit dem Titel Landgerichtsrat und der Bezirksstaatsanwaltsstelle Schwenker in Mandlingen zum Amtsgerichtsrat in Bredenberg mit dem Titel Amtsgerichtsrat.

Uebertreten wurde: Die erledigte Stelle des Stationsverwalters in Dillweissenheim dem Eisenbahnschaffner Baumeyer in Kärnten, eine Schullehrer in Gerstetten, Bezirk Heidenheim, dem Schullehrer Schönlitz in Reiblingen, Bezirk Oden (Köhlheim), eine Schullehrer in Neuffen, Bez. Kärnten, dem Schullehrer Schusterle in Baldorf, Bez. Württemberg (Kärnten), eine Schullehrer in Heilbrunn dem hiesigen Unterlehrer Wilhelm Schwaninger, eine neuerrichtete Schullehrer für die Hilfsklasse in Göttingen dem Lehrer dieser Klasse, Unterlehrer Karl Gann, eine neuerrichtete Schullehrer für die Hilfsklasse in Heidenheim dem Lehrer dieser Klasse, Unterlehrer Ernst Seeger.

Weitere Anträge zum Landtag. Die Deutsche Partei hat in der zweiten Kammer folgenden Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, die K. Staatsregierung zu ersuchen, den Ständen in Württemberg eine Vorlage zugehen zu lassen dahingehend, daß durch Aenderung des Art. 5 Abs. 1 des Gesetzes betr. die Feldbereinigung vom 30. März 1886 die Aenderung oder Neuanlage von Feldwegen, insbesondere in den Weinbergen auch in den Fällen ermöglicht wird, in denen die betreffenden Grundstücke zwar eine ständige Zufahrt haben, jedoch wegen Unzumutbarkeit oder Unzulänglichkeit der bestehenden Zufahrt eine nach landwirtschaftlichen Grundsätzen vollständige Bemühung bedeutend erschwert oder mit erheblich höheren Kosten verbunden ist. Vom Zentrum liegt folgender weiterer Antrag vor: 1) Im Bundesrat für eine Beschleunigung der Revision des Strafverfahrens und hierbei insbesondere für die Einführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern, für die Hinzuziehung von Schöffen zu den Strafkammern und für Verminderung der Fälle notwendiger Eidesabnahme, weiterhin für die Gewährung von Tagelohn neben der Reisekostenentschädigung an Geschworene und Schöffen einzutreten; 2) Im Bundesrat eine Einschränkung der Berufung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entgegenzutreten und einer Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in diesen Sachen nur insoweit zuzustimmen, als sich eine solche mit der Verminderung des Geldwertes seit Erlassung des Gerichtsverfassungsgesetzes rechtfertigen läßt.

Der Gesamtvorstand des württ. Volksschullehrervereins hat in seiner letzten Sitzung als Themen für die an Pfingsten in Stuttgart stattfindende Plenarversammlung bestimmt: „Der Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen“ und „Welche Anforderungen müssen an die Volksschule vom Standpunkt der neuen Gewerbe- und Handelsschulen gestellt werden?“ Ferner wurde beschloffen, eine neue Eingabe an die Regierung und die Stände abzugeben. Aus Anlaß der bevorstehenden Revision des Beamtengesetzes soll mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß alle Ausnahmebestimmungen für den Volksschullehrer weggelassen. Bezüglich der geplanten Herausgabe eines neuen Normallehrplans wurde beschloffen, eine Eingabe an das Ministerium zu richten, in der dieses gebeten werden soll, den Plan zunächst nur als Entwurf hinauszugeben und ihn vor der endgültigen Redaktion mindestens ein Jahr lang erproben zu lassen. Ebenso soll an das Ministerium eine Eingabe um Erhöhung der Organisationsleistungen und Regelung der Stelgebühren wie bei den Geistlichen gemacht werden.

Stuttgart, 16. Febr. Der Post-Telegraphen- und Fernsprechdienst wird, wie in früheren Jahren, am Geburtsfest des Königs wieder eine Einschränkung erfahren.

Neutlingen, 16. Febr. Im „Liberalen Verein“ hielt Pfarrer Pfand von Bronnweiler einen Vortrag über das Thema „vom Nationalsozialismus zum Liberalismus“, worin der Redner eine Darstellung der politischen Entwicklung Friedrich Naumanns, des neugewählten Vertreters des 3. württ. Wahlkreises im Reichstag bot.

Am Samstag Nachmittag wurde aus der Wohnung eines Geschäftsmannes in Stuttgart aus dem ver verschlossenen Sekretär mittels Nachschlüssels 2200 Mark in Gold gestohlen. Verdächtig erscheint ein junger Mann im Alter von 20 bis 22 Jahren, der dunklen, vermutlich braunen Ueberzieher und schwarzen, weichen Filzhut trug.

In der früher Montagischen Sägemühle (jetzt Gebirger Hof) in Freudenstadt brach Feuer aus, welches in den zahlreich vorhandenen Vorräten von Holz und Schindeln reichlich Nahrung fand, so daß das Gebäude bis auf die Grundmauern niederbrannte. Das Anwesen, in dem Schindelfabrikation, eine Schleiferei und Feilenhauerei betrieben wird, ist glücklicherweise unbewohnt. Der Schaden an total zerstörten Maschinen ist sehr bedeutend, die Entstehungsurache noch unbekannt.

In Schnaitheim O.A. Heidenheim brannte das Wohnhaus mit Scheuer des Milchhändlers Thum sowie das Wohnhaus des Fabrikarbeiters Liebert ab. Entstehungsurache bis jetzt unbekannt.

Statt Karten. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zur Feier unserer

Ehelichen Verbindung

auf **Donnerstag den 21. Februar 1907**

in das **Hotel Graf Eberhard**

freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Karl Pfeiffer.
Helene Pfau.

Naturheil-Verein Wildbad.

Am **Sonntag den 24. Februar 1907,**

nachmittags **3 Uhr,**

findet im **Gasthaus z. gold. Stern** die jährliche

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. 5 Uhr ab Vortrag: **Den Wert des Naturheilvereins und seine Wichtigkeit in jeder einzelnen Familie, gehalten von Dr. Kay, Oberstabsarzt.**

Zu dieser Versammlung, sind die Mitglieder, dringend gebeten, vollständig zu erscheinen, insbesondere ist die Einwohnerschaft Wildbads zu diesem Vortrag von Dr. Dr. Kay freundlichst eingeladen.

Der Ausschuss.

Für Brautausstattungen

sowie bei sonstigem Bedarf von Möbeln empfehle ich zu billigsten Preisen alle Sorten

Polster- u. Schreinermöbel, Betten usw.

Es sollte daher niemand veräumen, vor Einkauf von **Aussteuer-Möbeln** mein großes Lager zu besichtigen und sich über die Ware und Preise zu informieren.

Eigene Polsterei und Schreinerei.

Reinhard Sickinger

Pforzheim

Möbel- und Aussteuergeschäft
Waisenhausplatz 8.

Neu eingetroffen:

sind wieder abgepaßte Stoffe zu **Damenkleidern, Blusen, Schürzen, Bettjacken, Hemden, Bettbezügen** etc., ferner **Waffelbettdecken, Jaquarddecken, Tischdecken, Betttücher, Handtücher** und verschiedene andere Artikel.
Größte Auswahl zu den bekannten billigen Original-Einheitspreisen. Zu geneigter Abnahme hält sich empfohlen

Fr. Schulmeister.

Empfehle meine reichhaltige Musterkollektion in

Herren- u. Damenkleiderstoffen

Blusen, Schürzen, Bettjacken, Hemden, Bettbezügen etc., ferner **Jaquarddecken, Tischdecken, Betttücher, Bettdecke, Handtücher, Damaste, Krage, Krawatten, Manschetten, Handschuhe, Korsetten, Strümpfe, Socken, Kinderkleidchen** und verschiedene andere Artikel.

Größte Auswahl zu den bekannten billigen Preisen.

Bei Barzahlung gewähre ich, einige Artikel ausgenommen, **5 Prozent Rabatt.**

Albert Lipps.

Schuhwaren-Geschäft

Wilh. Lutz, Schuhmacher, Hauptstraße 117

empfehle sein gut sortiertes Lager gutgearbeiteter Schuhe u. Stiefel jeder Art für Herren, Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder in Sommer und Winterwaren, in einfachen, sowie feinsten Qualitäten. Ferner empfehle Turnschuhe, Gummi-galoshen, Holzschuhe mit u. ohne Filzfutter, Preise billigt. Sorgfältige Ausführung nach Maß. Reparaturen rasch u. billig.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir während der Krankheit und nach dem Hinscheiden meiner I. Frau, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wilhelmine Fischer,
geb. Klaus,

von allen Seiten erfahren durfte, für die zahlreichen Blumen-spenden, für die ehrende Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, für die erhebende Trauermusik der Feuerwehr-Kapelle, sowie den Herren Trägern sagt auf diesem Wege herzl. Dank im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Wildbad, den 18. Februar 1907.

der trauernde Gatte:
Wilhelm Fischer.

Für

Konfirmanden u. Kommunikanten

schwarze, weiße, farbige Kleiderstoffe
in großer Auswahl.

Rein wollene Qualitäten

von 1 Mk. pr. Mtr., empfiehlt

Ph. Bosch,
Wildbad.

Ia. Rehragout

empfehle

Adolf Blumenthal.

Eine Wohnung

im 1. Stock von 3 Zimmern mit Zubehör und Waschküche bis 1. April oder später zu vermieten.

Weber, Baddener.

Schöne
**Orangen und
Citronen**

pro Stk. 5 Pfg.

Trauben

1 Pfd. 70 Pfg.

Dampfpfäfel,

neue, empfiehlt

Hermann Kuhn.



Löwenwarter & Co.
(Commodit-Gesellschaft)
zu Köln a. Rhein.

Lieferanten zahlreicher
Apotheken sowie der hiesigen
Geschäfte der Comestranche,
sowie:

COGNAC

Marke: Stern-Cognac

Deutsches Fabrikat

z. M. 2 - pr. Fl.

... 2.50 ... Die Analyse

... 3.50 ... Das versichert

... 4.50 ... Chemiker

... 5.50 ...

... 6.50 ...

... 7.50 ...

... 8.50 ...

... 9.50 ...

... 10.50 ...

... 11.50 ...

... 12.50 ...

... 13.50 ...

... 14.50 ...

... 15.50 ...

... 16.50 ...

... 17.50 ...

... 18.50 ...

... 19.50 ...

... 20.50 ...

... 21.50 ...

... 22.50 ...

... 23.50 ...

... 24.50 ...

... 25.50 ...

... 26.50 ...

... 27.50 ...

... 28.50 ...

... 29.50 ...

... 30.50 ...

... 31.50 ...

... 32.50 ...

... 33.50 ...

... 34.50 ...

... 35.50 ...

... 36.50 ...

... 37.50 ...

... 38.50 ...

... 39.50 ...

... 40.50 ...

... 41.50 ...

... 42.50 ...

... 43.50 ...

... 44.50 ...

... 45.50 ...

... 46.50 ...

... 47.50 ...

... 48.50 ...

... 49.50 ...

... 50.50 ...

... 51.50 ...

... 52.50 ...

... 53.50 ...

... 54.50 ...

... 55.50 ...

... 56.50 ...

... 57.50 ...

... 58.50 ...

... 59.50 ...

... 60.50 ...

Die B. Hofmann'sche Buchdruckerei in Wildbad

empfehle sich zur Lieferung aller Arten

Druck-Arbeiten

in Schwarz und Buntdruck.

Sorgfältige Ausführung.

Rasche Lieferung.

Billige Preise.